

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 5

Artikel: Sozialismus heute : das Ende des Parlamentarismus ; Erziehung zur Verantwortung
Autor: Philip, André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140677>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialismus heute

Am letztjährigen Kongreß des französischen *Christianisme social* in Melun stand im Mittelpunkt die Frage nach den Aufgaben und Möglichkeiten eines zeitgemäßen Sozialismus. Die hier folgenden Ausführungen sind dem grundlegenden Vortrag von Professor *André Philip* entnommen, wie er im Oktober-November-Heft der Zeitschrift «*Christianisme social*» wiedergegeben ist. Red.

Die Lage der Arbeiterklasse hat sich verändert. Der Lebensstandard hat sich gehoben, und die Muße kommt mehr zu ihrem Recht. Nicht daß, namentlich in den örtlichen Industrien und allgemein bei den Alten, nicht noch Rückstände tiefen Elends geblieben wären, aber im ganzen ist doch eine fühlbare Besserung eingetreten. Aber mit der erweiterten Freizeit steht das Problem der *Massenbeeinflussungsmittel* auf! Die sozialen Gruppierungen ohne Unterschied sind in steigendem Maße dem Einfluß der Werte — oder Unwerte — einer Gesellschaft ausgesetzt, die durch die Massenmedien zu bestriicken und zu herrschen sucht. Das ist eine neue Erscheinung. Es begann mit den Zeitungen im 19. Jahrhundert. In meiner Kindheit sagten die Leute: «Wahr muß es sein, denn es hat in der Zeitung gestanden.» Heute hört man das kaum noch, dafür heißt es: «Ich habe es aus dem Radio» oder besonders: «Das weiß ich aus dem Fernsehen.» Und wenn man es mit eigenen Augen gesehen hat, ist man schon der Genasführte, denn nur die Eingeweihten wissen, daß das Fernsehen eine sorgfältige Auswahl trifft, mit der das Publikum bearbeitet wird. Die «psychologische Kriegführung» ist nur ein Sonderfall der «Bearbeitung» des Menschen durch die Massenmedien. Daher stellen die Massenmedien die schwerste Bedrohung der Demokratie dar, mögen sie nun dem Kapitalismus oder dem Staate dienen. Wir stehen damit in einer Gesellschaft, wo der Mensch mit den Massenmedien zwar einer weit größeren Mannigfaltigkeit von Einflüssen ausgesetzt wird als bisher, aber eben durch sie immer mehr zu einem aufnehmenden Wesen wird. Er ist weit mehr geneigt, sich bezaubern zu lassen, als selbst nachzudenken und zu urteilen.

Das Ende des Parlamentarismus

Diese Entwicklung mußte unweigerlich zu der *politischen Krise* führen, die wir heute durchleben, und zum *Ende des Parlamentarismus*, wenigstens in seiner traditionellen Form. Der Parlamentarismus war an einen liberalen Staat geknüpft, der der Wirtschaft selten dreinredete. Das Parlament beschränkte sich darauf, Normen zu schaffen, die für alle Staatsbürger Gültigkeit hatten. Alle Welt fieberte, wenn eine große parlamentarische Debatte zwischen Jaurès und De Mun stattfand, eine Debatte, die heute wahrscheinlich unmöglich wäre, weil sich niemand dafür interessierte. Die Rolle der Regierung ist nicht mehr, Gesetze zu machen, sondern Zwecke zu erreichen, eine Politik zu verwirklichen. Was man von ihr verlangt, ist, daß sie das Wachs-

tumstempo der Wirtschaft garantiere, daß sie das nationale Einkommen richtig verteile, daß Einnahmen und Ausgaben in das gehörige Verhältnis gebracht werden, kurz, daß sie die wesentlichen Entscheidungen nach einem Plan treffe. Das ist Sache der Exekutive, und die Legislative hat nichts damit zu tun. In dem Maße, wie die Demokratie einen wirtschaftlichen Inhalt bekommt, verstärkt sich die *Macht der Exekutive* auf Kosten der Legislative. Das trifft zu auf England, Frankreich, Italien, es trifft überall zu, ausgenommen die USA, den einzigen Großstaat mit einem parlamentarischen System.

So gehen wir zwar immer mehr einer geplanten, besser organisierten Wirtschaft, ja, eigentlich einer ziemlich rapiden Verwirklichung wesentlicher Elemente des *Sozialismus* entgegen, wenn er als vernünftiges Handeln, Organisation der vorhandenen Hilfsmittel und Bildung einer verantwortlichen Gesellschaft verstanden wird — wobei jedoch das zweite Fundamentalprinzip des Sozialismus fehlt: die industrielle und politische Demokratie, die Erziehung verantwortlicher Menschen.

Die totale Planung ist das Charakteristikum des Anfangs der wirtschaftlichen Entwicklung, aber das beschränkte sich auf die großen Linien und die Befriedigung kollektiver Bedürfnisse mit Hilfe einer fortgeschrittenen Industrie. Dann erst steht man dem wahren Problem gegenüber: Wenn die Grundlinien festgelegt sind, wie soll man die Demokratie politisch verwirklichen und sie in Harmonie bringen mit den wirtschaftlichen und sozialen Plänen? Politisch gesehen, ist das Grundproblem des Sozialismus, eine *wirkliche Demokratie* zu schaffen, in der die Bürger aufgerufen sind, dort, wo sie wohnen, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu leiten.

Erziehung zur Verantwortung

Es ist kurios zu sehen, daß, während manche sich mühen, den autoritären Staat wiederherzustellen, die Gesellschaft sich lokal und regional neben dem Staat zu organisieren und die Grundlagen einer wirklichen Demokratie zu schaffen beginnt. In der Produktion ist es wesentlich, den Arbeitern eine Verantwortung in der Führung sowohl der Gesamtwirtschaft wie der einzelnen Unternehmung anzuvertrauen. Das ist sicherlich nicht leicht, wenn es sich um die Gesamtwirtschaft handelt. Es muß mit Hilfe der Gewerkschaften geschehen, genauer gesagt, mit Hilfe von Wirtschaftssachverständigen, die von diesen Organisationen gebildet werden und die mit den Arbeitern nur ungewisse und ferne Verbindung haben. Im Rahmen der Unternehmung gibt es auch Schwierigkeiten. Die Erfahrungen mit Werkausschüssen sind nicht überzeugend.

Wenn man versucht hat, bis zu einer Teilhaberschaft oder einer Mitverantwortung an der Leitung zu gehen, ist man bisher gescheitert. Das ist bei einem kapitalistischen Regime verständlich, zum Beispiel in Deutschland mit dem Mitbestimmungsrecht, wo der Arbeits-

direktor, der von den Arbeitern gewählt wird, in jeder Kohlengrube, jedem Stahlwerk die Unternehmung neben dem technischen und dem wirtschaftlichen Direktor verantwortlich leitet. Als Arbeitsdirektor soll er die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, aber als Mit-Direktor muß er auf einen Gewinn der Unternehmung hinarbeiten. Er sieht sich also aufgeteilt durch zwei sich ausschließende Verantwortungen. Aber wir finden dasselbe Phänomen in nationalisierten Unternehmungen und selbst in den Ländern des Ostens. Ich empfehle hierzu ein ausgezeichnetes Buch, daß das Problem richtig sieht: Babeau «Die Erfahrungen mit den Arbeiterräten in Polen». Die Räte sind in der Begeisterung geboren worden, im Augenblick der Oktoberrevolte. Man hat gemeint, die Struktur der Unternehmungen ändern und in Polen einen wahren Sozialismus aufrichten zu sollen, mit einer Pyramide von Räten, zunächst für das Werk, dann beruflich gegliedert usw. . . . Nach zwei Jahren sah man sich vor den Trümmern. Warum? Natürlich hat Feindseligkeit mitgesprochen: von seiten der Funktionäre, der Partei, der Gewerkschaft, der Direktion. Aber, was viel schwerwiegender ist: In vielen Fabriken haben die Arbeiter die Sache sehr ernst genommen, haben sich an der Leitung des Werkes beteiligt — und haben Schiffbruch erlitten, weil die Verwaltung des Werkes, von der sie ein Rad geworden waren, sie aufzehrte.

Kann man nicht behaupten, daß in Wirklichkeit jeder Mensch, weil er Mensch ist, den Wunsch und das Bedürfnis eigener Initiative auf dem Niveau hat, auf dem er sie jeden Augenblick betätigen kann? Daher ist es notwendig, die Menschen zu *selbständiger Leitung* auf einem bestimmten Niveau zu erziehen (als einzelne und in der Gruppe) und darüber hinaus zur Teilnahme an der Leitung auf der nächsthöheren Ebene. Das Wesentliche ist, auf dem niederen Niveau zu beginnen, gemäß den Möglichkeiten fortzuschreiten und eine Pyramide der Delegationen zu errichten, die dem Arbeiter das Gefühl der Verantwortung für seine Arbeit und dem Staatsbürger eine Verantwortlichkeit für seine Existenz gibt.

Die Definition, die ich meinerseits dem Sozialismus gebe, ist die *Schaffung einer verantwortlichen Gesellschaft, geleitet von verantwortlichen Menschen*. Der verantwortlichen Gesellschaft nähern wir uns durch fortschreitende Planung. Die Gefahr liegt darin, daß die verantwortliche Gesellschaft von unverantwortlichen Menschen geleitet werde. Das Grundproblem des Sozialismus ist, hier und jetzt, die Schaffung verschiedener Strukturen, die das Funktionieren der Verantwortlichkeiten sichern; es ist wesentlich die Bildung von Menschen, die einer Verantwortung fähig sind. Ein Grundelement unserer Krise ist die kulturelle Krise, eine Krise der Erziehung, unser Versagen, Menschen unter Bedingungen der Verantwortung zu bilden. Verantwortung übt man in dem Maße, wie man den andern achtet, wie man mit ihm spricht, wie man zu bauen und zu verstehen sucht, statt herrschen zu wollen, was jede Aktivität, gleichviel welcher Form, jede

Bereitschaft zum Dienst erstickt. Man ist Sozialist in dem Maße, wie man sich um eine solche Deutung der Ereignisse müht, daß sie in der Richtung gewissenhafter Übernahme von Verantwortung wirken.

Die Verteidigung in den Kleinstaaten

In einer von einem deutschen und einem schweizerischen Verlag gemeinsam herausgegebenen Schrift «Auf dich kommt es an» wird den Kleinstaaten um die Bundesrepublik herum eine starke Verteidigung empfohlen. Als Mitarbeiter wurden ausschließlich Sachverständige gewonnen, die aus den Nachbarländern von Westdeutschland stammen. Für Österreich zum Beispiel Oberst O. Heller, für die Schweiz Major Heimann (Redaktor der Schweizerischen politischen Korrespondenz), sowie Prof. Dr. W. Kägi, Zürich. Ihre Darstellungen können dokumentiert werden, jedoch mit einer Ausnahme, und zwar gerade im wichtigsten Fall. Auf Seite 11 schreibt Prof. Kägi: «So wie die Dinge liegen, ist es doch klar, daß die bolschewistische Gefahr nicht einfach durch eine geistige und sittliche Haltung abgewehrt werden kann.» — Nun ist aber die bolschewistische Gefahr nur als ideologische, nicht aber als militärische Gefahr in dem Sinne nachweisbar, wie sie alle Mitarbeiter dieser Broschüre meinen, nämlich als Kriegsgefahr für die hochkapitalistischen Länder des Westens. Wie der verstorbene deutsche Reichskanzler Dr. Wirth in Luzern einmal erklärte, unterliegt die große Mehrheit der Historiker, Politiker und Militärs des Westens einer Massensuggestion, die bis auf das Frühjahr 1929 zurückgeht. Damals unternahm es Hugenberg — einer der Finanzmänner Hitlers — in einem Rundschreiben an 3000 USA-Millionäre, die kommunistische Gefahr zu propagieren (Deutscher Geschichtskalender 1929, Inland, Seite 86). Die Propagandagelder, die Hugenberg nach diesem Rundschreiben erhielt, leitete er teilweise an Hitler weiter. Bevor er aber dies tat, testete er Hitler auf politische Fähigkeiten und stellte unter anderem die Frage: «Warum glauben Sie an die jüdische und kommunistische Gefahr?» Hitler war schlau genug, um die Testfrage zu erkennen, und antwortete: «Ich bin nicht so dumm, um selbst an die jüdische und kommunistische Gefahr zu glauben, aber ohne Propagieren dieser Gefahr kommen wir nicht an die Macht» (Abegg-Archiv, Information von G. Straßer).

Seither ging nun die kommunistische Gefahr zunächst als ideologische und später auch als militärische Gefahr in die Geschäftspresse des Westens über und wirkt nun hier als Massensuggestion. Sowjetmacht bedeutet Gefahr! Gewiß, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Sowjetunion ein Interesse an einem dritten Weltkrieg hat. Dieses Interesse ist einfach nicht nachweisbar. Was aber tausendfach